

## SBB/BELLINZONA

Protest  
in Bern

Im SBB-Industriewerk Bellinzona (IWB) herrscht wieder dicke Luft. Für Freitag ist eine grosse Protestaktion in Bern geplant.

Die 430 Angestellten des IWB werden ihre Arbeit für einen Tag ruhen lassen und stattdessen Bundesrat Moritz Leuenberger einen «Höflichkeitsbesuch» abstaten, wie Arbeitervertreter Gianni Frizzo, der Präsident des Streikkomitees, gestern in Bellinzona sagte. Dem Verkehrsminister soll ein Schreiben übergeben werden. Darin wird der SBB-Verwaltungsrat aufgefordert, die geplanten Restrukturierungsmassnahmen auf Eis zu legen. Nach Ansicht der Angestellten sind die Pläne nicht durchdacht.

Frizzo und Mitstreiter werfen der SBB-Spitze vor, keinen mittel- bis langfristigen Businessplan für das IWB zu haben. Bevor die Angestellten nicht schriftliche Antworten auf die wichtigsten Fragen hätten, würden sie dem geplanten Wechsel zur Abteilung Personenverkehr nicht zustimmen. Ohne verbindliche Antworten werde das latente Misstrauen der Angestellten in die SBB-Führung weiter genährt.

Die Angestellten befürchten durch einen Wechsel zur Division Personenverkehr Nachteile. Denn die Abteilung Cargo wäre dann nicht mehr «Besitzer», sondern bloss noch Kunde des IWB. Den Angestellten bereitet dieses Szenario Sorgen, da die Cargo – von der rund 70 Prozent der Aufträge stammen – Druck auf die Preise ausüben könnte.

«Faktisch wären wir auf Geheiß und Verderb der Chefetage von SBB Cargo ausgesetzt», sagte Gianni Frizzo. Dass das Verhältnis der Angestellten in Bellinzona zu Cargo-Chef Nicolas Perrin nicht das beste ist, weiss seit dem 7. März das ganze Land. Damals beschlossen die Angestellten des IWB gegen den geplanten Stellenabbau mit einem Streik zu protestieren. Dieser dauerte 33 Tage. Die SBB-Spitze beschloss daraufhin, den geplanten Stellenabbau rückgängig zu machen. SDA

## MEYER BURGER

Übernahme  
geplatzt

Der Thuner Solarzulieferer Meyer Burger verzichtet auf die im Sommer angekündigte Übernahme der französischen Emix.

Der Thuner Spezialsägenhersteller Meyer Burger will die französische Siliziumblöcke-Herstellerin Emix nun doch nicht übernehmen. Angesichts des schwierigen konjunkturellen Umfeldes sei der Zeitpunkt für die Transaktion nicht ideal, schreibt Meyer Burger in einer Mitteilung von gestern Abend.

Beide Unternehmen seien aber weiterhin vom Kristallisationsverfahren für multikristalline Siliziumblöcke der Emix überzeugt. Gemeinschaftlich werde an der Fortführung der Technologie und deren Markteinführung gearbeitet.

Ende Juli hatte Meyer Burger angekündigt, rund 76 Prozent des Emix-Aktienkapitals übernehmen zu wollen. SDA

## INITIATIVE IN VERSCHIEDENEN KANTONEN

## «Eltern sollen die Schule wählen»

Nicht Behörden, sondern Eltern sollen die Schulwahl treffen, fordert Pia Amacher. Sie präsidiert die Elternlobby, die in einigen Kantonen Initiativen für die freie Schulwahl lanciert. Am Wochenende kommt zur ersten Abstimmung.

Was bringt es, wenn Eltern die Schule für ihr Kind aussuchen?

Pia Amacher: Heute können dies nur die reichen, es sollen aber alle Eltern die beste Schule für ihr Kind wählen können, sei diese nun privat oder staatlich. Auch innerhalb der Staatsschulen soll Wahlfreiheit bestehen. Mit der freien Schulwahl könnten auch vom Staat geschlossene Dorfschulen in freier Trägerschaft weitergeführt werden.

Wenn die Schüler fehlen, ist eine Dorfschule auch mit freier Schulwahl nicht zu retten.

Doch, wenn sie attraktiv ist und ein tolles Angebot aufbaut. Dann kann sie Schüler aus anderen Dörfern anziehen. So entsteht eine pädagogische Konkurrenz. Schulen müssen sich ein Profil geben, was ihnen gut tut. Das Niveau wird steigen.

Führt die freie Schulwahl nicht zu einer Ghettoisierung?

Die haben wir jetzt schon. In Städten gibt es Schulhäuser mit fast 100 Prozent Migrantenkindern und nicht weit davon entfernt Schulen, welche fast ausschließlich Schweizer Kinder aus Villenquartieren besuchen.

Das wird sich mit der freien Schulwahl noch verstärken.

Nein. Wem die Schule im Quartier nicht passt, muss es sich heute leisten können, sein Kind in eine andere Schule zu schicken. In Zukunft könnten das alle tun, auch finanziell weniger gut gestellte Eltern.

Nicht alle Eltern werden sich um die beste Schule bemühen können.

Aber das darf doch nicht dazu führen, dass jene sich nicht darum bemühen dürfen, welche es können! Zudem: Unterschätzen Sie ausländische Eltern nicht. Viele sind sehr ehrgeizig und kümmern sich um die Schulbildung ihrer Kinder, weil sie wollen, dass es die nächste Generation besser hat.

Sie glauben also nicht, dass die Initiative eine Schere zwischen guten und schlechten Schulen öffnet?

In Holland hat man dagegen ein Rezept gefunden: Je tiefer der Bildungsstandard der Eltern, desto mehr Schulgeld zahlt der Staat für das Kind. Das bedeutet, dass den sogenannten Ghetto-schulen mehr Geld zur Verfügung steht als den Villenschulen. Sie können ihr Angebot attraktiver gestalten und Fördermassnahmen anbieten. Dies wiederum macht die Schule für andere Kinder attraktiv und ermöglicht eine bessere Durchmischung im Gymnasium.

Unterschiedlich hohes Schulgeld fordern Sie aber nicht.

Nein, aber es wäre später eine Möglichkeit, um den ungerechten Bildungschancen entgegenzuwirken. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kritisiert, die Schweiz belege punkto Chancengleichheit im europäischen Bildungswesen einer der hintersten Ränge. Das verwundert nicht, denn es ist eine Tatsache, dass nicht jedes Kind in einer Staatsschule optimal gebildet werden kann. Aber heute kann nur, wer Geld hat, etwas daran ändern und sein Kind in eine Privatschule schicken.

Schulen müssten Werbung für sich machen, Kantone Kontrollen garantieren. Das kostet.

Viele Kinder benötigen in der staatlichen Schule sonderpädagogische Massnahmen, das kostet auch viel Geld. Ein Teil dieser Kosten würde eingespart, wenn das Kind eine Schule besuchen könnte, deren Modell ihm besser entspricht.



Pia Amacher, Präsidentin des Vereins Elternlobby.ch. Roland Schmid/pixsil.com

Ist es für das Kind nicht das Beste, wenn es die nahe Schule des Quartiers besucht, in die auch seine Kameraden gehen?

Doch, das hat sicher oberste Priorität. Auch mit der freien Schulwahl werden die meisten Eltern ihre Kinder in das nächstgelegene Schulhaus schicken, weil das die beste Lösung ist. Aber wenn es einem Kind in dieser Schule nicht gut geht, dann können es die Eltern heute nicht aus der Klasse nehmen, sondern muss zuerst die Schulleitung in

eine Abklärung einwilligen, was Monate oder gar Jahre dauern kann. In dieser Zeit leidet das Kind. Das darf nicht sein. Nicht die Behörden, sondern die Eltern sollen über die Art der Bildung ihres Kindes entscheiden, denn sie tragen die Verantwortung für das Kind.

Schweizweit sollen dank dem Projekt HarmoS die Schulen harmonisiert werden, und Bildungsstandards sollen überall das gleiche Niveau garantieren. Ist da

die freie Schulwahl überhaupt noch nötig?

HarmoS und freie Schulwahl haben nichts miteinander zu tun. Wenn Eltern HarmoS toll finden, dann wählen sie für ihr Kind ein HarmoS-Modell. Wenn sie mit den Zielen von HarmoS nicht einverstanden sind, dann können sie eine andere Schule wählen wie etwa die Steiner-Schule.

Droht nicht ein Bildungschaos?

Auch Privatschulen müssen Kernziele erreichen, welche die Kantone ihnen vorschreiben, und sie müssen garantieren, dass der Übertritt in eine Standardschule jederzeit gewährleistet ist, sonst erhalten sie gar keine Bewilligung. Nur erreichen sie ihre Ziele über andere Wege als die Standardschule.

INTERVIEW: BRIGITTE WALSER

Pia Amacher ist Präsidentin der Elternlobby.ch. Als Lehrerin hat sie an Schulen sowohl in staatlicher als auch in freier Trägerschaft gearbeitet.

## AM WOCHENENDE

Abstimmung  
in Baselland

Alle Eltern sollen frei wählen können, in welche staatliche oder private Schule sie ihr Kind schicken wollen. Privatschulen sollen vom Kanton die gleichen finanziellen Mittel erhalten wie öffentliche Schulen, sofern sie einen Zugang ohne ethnische, religiöse oder finanzielle Einschränkungen gewährleisten. Dies fordert eine Initiative, über welche am Wochenende im Kanton Basel-Landschaft abgestimmt wird. Sie wurde vom Verein Elternlobby Schweiz lanciert. In den Kantonen Thurgau und Solothurn werden derzeit Unterschriften für eine gleich lautende Initiative gesammelt, in den Kantonen Baselstadt, Waadt, St. Gallen, Zürich, Luzern und Aargau sind die Initiativen in Vorbereitung. bw

## «Die freie Wahl nützt nicht allen»

Private Schulen unterstützen, ohne gleich das ganze System umzukrempeln. Dies ist die Devise des Berner Erziehungsdirektors.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor des Kantons Bern, nennt ein Beispiel: «Das Kind leidet in der Schule, die Eltern orten die Hauptschuld bei der Schule, für sie kommt nur ein Schulwechsel oder eine Privatschule in Frage. Die Fronten verhärten sich, eine Einigung ist nicht möglich.» Zum Glück begegne er solchen Situationen nur selten, sagte Pulver an der gestrigen Medienkonferenz der Grünen Schweiz. Doch so gesehen sei die Forderung nach der freien Schulwahl verständlich. Die Frage sei aber, ob man wegen Einzelfällen das gesamte System umstellen müsse.

Weil im Kanton Bern noch keine Initiative zur freien Schulwahl lanciert wurde, hat der Berner Regierungsrat dazu bisher auch nicht Stellung bezogen.



Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (rechts) und Felix Wettstein von der Fachhochschule Nordwestschweiz lehnen die freie Schulwahl ab. Keystone

Vor den Medien äusserte Pulver aber einige grundsätzliche Bedenken zur Initiative. Zudem hat der Grosse Rat des Kantons Bern abgelehnt zu prüfen, wie sich die freie Schulwahl innerhalb der staatlichen Schule auswirken würde.

Unterstützen statt belasten

Die staatliche Volksschule sei eine urdemokratische Einrich-

tung, sagte Pulver. «Sie ermöglicht, dass Kinder lernen, sich unter den verschiedenartigsten Menschen zu bewegen.»

Wenn nun plötzlich der Markt voll eingreife, könnten nicht alle gleichermassen davon profitieren. «Freie Schulwahl setzt eine hohe Mobilität voraus, sie fördert die soziale Segregation der Gesellschaft, und Angebote von privaten oder anderen kommu-

nalen Schulen bleiben aus Platzgründen beschränkt», so Pulver. Statt für eine freie Schulwahl plädiere er für eine stärkere Unterstützung der staatlichen Schule. «Die freie Schulwahl würde das System Volksschule mit einer neuen, unausgereiften Reform zusätzlich belasten.»

Keine Angst vor Konkurrenz

Privatschulen seien für staatliche Schulen bereits heute eine willkommene Konkurrenz, so Pulver. «Neues, Anderes soll Platz haben, denn davon profitiert auch die Volksschule.» Der Kanton Bern unterstütze Privatschulen finanziell, wenn diese eine nachhaltige Nachfrage dokumentieren. Einzelne Privatschulen würden schon seit vielen Jahren 2000 Franken pro Kind und Jahr erhalten, was etwa 20 Prozent der Schulkosten umfasse. Mit diesem Vorgehen habe man gute Erfahrungen gemacht. Ab nächstem Jahr würden deshalb noch mehr Schulen diese Unterstützung erhalten. BRIGITTE WALSER

## UNTERSTÜTZUNG

Quer durch fast  
alle Parteien

Die Grünen erklärten gestern vor den Medien in Bern, weshalb sie die in verschiedenen Kantonen lancierte Initiative zur freien Schulwahl ablehnen. Sie nannten drei Gründe: die Entsolidarisierung, den «Kindertourismus» und die mangelnde Planungssicherheit. Im Kanton Basel-Landschaft erhält die Initiative Unterstützung von der SVP, den Grünliberalen und den Jungfreisinnigen. Auf nationaler Ebene befürworten Politiker verschiedener Parteien die freie Schulwahl, so etwa die Nationalräte Filippo Leutenegger (FDP, ZH), Chantal Galladé (SP, ZH) oder Bastien Girod (Grüne, ZH). Der Präsident des Lehrerdachverbands, Beat W. Zemp, lehnt die Initiative ab. bw